

Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte

Irmgard Cipa, Werner Siebler (Sprecherteam)

mailto: werner.siebler@web.de

Telefon: 0761 275888 - mobil: 01754411551



Presseerklärung 30.01.2025

Solidarität mit der vom Berufsverbot bedrohten Klima-Aktivistin Lisa Poettinger

„Wir sind entsetzt über die Nachricht das Lisa Poettinger in München das Referendariat für den Schuldienst mit skandalösen Begründungen verweigert! Es geht dabei Einzig und Alleine um die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte. Deshalb werden wir bundesweite Solidarität organisieren so gut wir das können, „kündigt Werner Siebler einer der Sprecher des Bundesarbeitsausschusses der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte an.

Kurzzusammenfassung:

Das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus versagt der Klimaaktivistin Lisa Poettinger die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt (Referendariat), was faktisch einem Ausbildungs- und Berufsverbot gleichkommt. Nach jahrelangem Studium und einigen Zusatzqualifikationen soll Lisa nicht lehren dürfen. Wir sind schockiert und fordern die sofortige Rücknahme dieser Entscheidung!

Hintergrund:

Lisa hatte bereits 2015 mit dem Abitur eine Auszeichnung für besonderes ehrenamtliches Engagement durch ihren Einsatz für Geflüchtete erhalten. Die über die Jahre ihres Aktivismus gewachsene Erkenntnis, dass unendliches Wachstum auf einer Erde mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist, führte sie zum Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen München. Dieses organisierte zum Beispiel eine Kampagne im von Armut betroffenen Münchner Viertel Hasenberg gegen eine Autobahn durch Parks und Spielplätze oder Proteste gegen die Automobilmesse IAA. Das Klimatreffen strebt den Zusammenschluss von Beschäftigten und Klimabewegung und eine demokratisierte, bedürfnis- statt profitorientierte Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen an.

Deshalb wirft das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Lisa nun vor, eine Verfassungsfeindin zu sein, denn die Ablehnung des Kapitalismus sei zugleich eine Ablehnung der Demokratie. Dabei erklärte die Bundesregierung 2017 selbst: "Der Kapitalismus als Wirtschaftssystem ist nicht Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung." [1] Wer Kapitalismus und Demokratie gleichsetzt, kann jegliche Proteste für verfassungswidrig erklären und kriminalisieren, die sich gegen die Profitmaximierung einiger weniger auf Kosten von Mensch und Natur richten.

Wegen Lisas (kapitalismus-)kritischer Haltung und zweier laufender, offener Ermittlungsverfahren soll es nun zum Ausbildungs- und Berufsverbot kommen. Eines der beiden Ermittlungsverfahren steht im Zusammenhang mit der Großdemonstration gegen die Zerstörung des Dorfes Lützerath für den Kohleabbau. Im anderen wird Lisa vorgeworfen, ein offensichtlich verfassungswidriges AfD-Plakat beschädigt zu haben. Verurteilt ist sie nicht, die in Deutschland grundsätzlich geltende Unschuldsvermutung wischt die Behörde beiseite. Währenddessen fordert der AfD-Politiker und Faschist Björn Höcke ein arisches Deutschland, massenhafte Deportationen, patriarchale Unterdrückung und einen "Aderlass" der Gesellschaft [2]. Höcke hat weiterhin eine Lehrerlaubnis. Lisa soll sie verwehrt werden.

Wie jede andere Berufsgruppe auch, haben Lehrkräfte das Recht, privat politisch engagiert zu sein. Besonders an Schulen, an denen Kinder und Jugendliche in Demokratie, Kritikfähigkeit und Meinungsfreiheit erzogen werden sollen, sind politisch engagierte Lehrkräfte erforderlich, die diese Werte nicht nur vermitteln, sondern auch selbst vorleben. Es ist ihr Bildungsauftrag, unter

Wahrung des Neutralitätsgebots und Indoktrinationsverbots zukünftige Generationen zur Mündigkeit zu erziehen. So hatte auch Lisa einen Sozialkundelehrer, der vormals CSU-Bürgermeister war und diese beiden Rollen zu trennen wusste. Kritik an der gesellschaftlichen Ordnung muss nicht nur erlaubt sein, sondern ist essentiell für die fortwährende Weiterentwicklung unseres Zusammenlebens.

Quellen:

[1] Konformität von Antifaschismus und Antikapitalismus mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung <https://dserver.bundestag.de/btd/19/003/1900351.pdf>

[2] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus>

Wir rufen daher dazu auf: Solidarisiert euch mit Lisa und unterzeichnet folgenden Aufruf!

- Als Einzelperson einfach unten euern Namen eingeben und unterzeichnen.
- Als Gruppe schreibt uns bitte eine Email mit Logo an: Berufsverbot.lisa@systemli.org, dann fügen wir euch einer Erklärung mit allen Unterstützenden hinzu.

Lisa Poettinger ist kein Einzelfall

Nach bundesweit offiziell 1525 Nichteinstellungen und Entlassungen in den 1970er/80er Jahren infolge des „Radikalenerlasses“ im Öffentlichen Dienst und einzelnen Maßnahmen 2003 und 2016 nehmen auch Berufsverbote gegen Linke und fortschrittliche Menschen seit 2023/24 wieder sprunghaft zu. Politische Entlassungen werden auch vermehrt in privaten Unternehmen vorgenommen:

Klimaaktivistinnen und -Aktivisten wird die Einstellung verweigert - in München als Schullehrerin, in Jena als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni; die Beschäftigung eines Wissenschaftlers an der TU München wird abgelehnt, weil er „marxistische Auffassungen“ habe; drei Erzieherinnen in Berlin sind wegen Palästina-Solidarität entlassen; ebenso eine IT-Fachkraft eines privaten Unternehmens in Duisburg oder ein Museumspublikums-Betreuer in Frankfurt - um nur einige Beispiele zu nennen.

Gleichzeitig wurde auf Bundesebene das Disziplinarrecht verschärft: Entlassungen sind nun mittels bloßer „Disziplinarverfügung“ möglich, unter Beweislastumkehr, ohne gerichtliches Verfahren. Als erster hat 2024 der Brandenburger Landtag ein Radikalen-Gesetz verabschiedet, genannt „Verfassungstreue-Check“. Die Zahl neuer Berufsverbote hat bereits ein Dutzend erreicht.

Der Bundesausschuss fordert deshalb von Bundesregierung, Landesregierungen, Bundestag und Länderparlamenten:

- Keine neuen „Radikalengesetze und -Erlasse“!
- Einhaltung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Politische Überzeugungen dürfen nicht zu Berufsverboten und Existenzvernichtung führen!
- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (seit 2006 gültig) ist nationales Recht (Bundesrecht, auch in Bayern gültig), das die völkerrechtliche Vorgabe des ILO-Übereinkommens und eine entsprechende EU-Richtlinie ganz konkret umsetzt.
- Bereits erfolgte neue Berufsverbote und diesbezügliche gesetzliche Maßnahmen müssen zurückgenommen werden!
- Die Betroffenen der Berufsverbote in den 1970/80er Jahren sind zu rehabilitieren und zu entschädigen!